

01) AG Pommersche Kirchengeschichte – Rundbrief No. 139 v. 15.02.2021

Information No. 139 der AG für pommersche Kirchengeschichte vom 15. Februar 2021

**Archiv Greifswald – Preußensäulen – Flüchtlinge – Tagung Adel –
Stadtgeschichte Greifswald - Pommersches Klosterbuch**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte und Interessierte an pommerscher Landesgeschichte. Manches verlagert sich in das Internet in diesen Zeiten, wo Anwesenheitstermine nicht stattfinden können. Diese Entwicklung prägt auch diesen Rundbrief – aber es gibt auch frisch Gedrucktes.

1. Kompromiß zum Landeskirchlichen Archiv der Nordkirche, Standort Greifswald

Seit Oktober saßen sie gemeinsam an einem Tisch, nun haben die Nordkirche, der Pommersche Evangelische Kirchenkreis (PEK) und namhafte Historiker für pommersche Landesgeschichte sowie Fachleute für Archivwesen ein Gesamtkonzept für das pommersche Archivgut erarbeitet. Dazu eingeladen und moderiert hat Kristina Kühnbaum-Schmidt, Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland.

Im Mittelpunkt des erarbeiteten Konzepts steht eine Außenstelle des landeskirchlichen Archivs mit Beständen, die nach historischen und archivarischen Kriterien ausgewählt werden. In einem Lesesaal sollen interessierte Forschende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Akten einsehen können. Eine Archivarin oder ein Archivar erschließt das pommersche landeskirchliche Archivgut und betreut Besucherinnen und Besucher. Diese Fachkraft wird den Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis außerdem bei der Betreuung der Pfarrarchive unterstützen. Gibt es doch im Kirchenkreis in vielen Gemeinden Pfarrarchive mit zum Teil jahrhundertealten Kirchenbüchern, Urkunden und Aufzeichnungen wie Bauplänen, Rechnungsbüchern oder Sitzungsprotokollen. „Das ist ein bisher ungehobener Schatz“, so die Landesbischöfin. Die ganze Pressemeldung im Anhang.

2. online-Aufsatz: Die Preußensäulen auf der Insel Rügen

Matthias Gärtner hat auf der Publikationsseite der Max Weber-Stiftung einen Beitrag veröffentlicht: Die Preußensäulen von Neukamp und Groß Stresow auf der Insel Rügen.

Auf der Insel Rügen stehen zwei Gedenksäulen für den Großen Kurfürsten in Neukamp und für König Friedrich Wilhelm I. in Groß-Stresow. Beide wurden im Auftrag des Königs Friedrich Wilhelm IV. an Landungsorten errichtet, an denen seine Vorfahren während der Nordischen Kriege zur Vorbereitung der Belagerungen von Stralsund die Okkupation der Insel Rügen einleiteten. Rügen war Teil von Schwedisch-Pommern. In Folge des Wiener Kongresses kam diese Teilprovinz 1815 zum Königreich Preußen. 1855 und 1856 wurden diese beiden Säulen geweiht. Die Initiatoren, die beteiligten königlichen und fürstlichen Beamten, die Künstler und Handwerker werden vorgestellt. Neben den Ereignissen ist die Beteiligung von Friedrich Wilhelm IV. bei der Formfindung ein spannendes Moment der Genese der Säulen.

Der Beitrag ist zu lesen unter: https://perspectivia.net/receive/pnet_mods_00003935

3. Mehr als 70 Bücher zur Geschichte Brandenburgs kostenlos zugänglich

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv macht seine Publikationen kostenfrei digital zugänglich. Mehr als 70 Bände stehen seit Januar 2021 im Open Access zum Herunterladen bereit. Damit ermöglicht das Landeshauptarchiv einen offenen Zugang zu zahlreichen Grundlagenwerken der landesgeschichtlichen Forschung. Die ersten beiden dieser druckfrischen und digitalen Bände liegen bereits vor: „Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945“ von Peter Bahl, sowie „»Man bleibt eben immer der Flüchtling«. Eine Quellenedition zur Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Arnswalde 1945-1947“ von Veronica Kölling.

Nach Brandenburg kamen nicht nur Flüchtlinge aus der Neumark, aus Schlesien und Ostpreußen sowie dem sog. Warthegau. Das Land wurde nicht nur zu einem wichtigen Zielpunkt insbesondere auch für viele Pommern. Die Kreise Arnswalde und Friedeberg in der Neumark waren 1938 der Provinz Pommern angeschlossen worden. Insofern ist die jetzt vorgelegte Studie zu den Menschen, die aus dem Kreis Arnswalde bei Kriegsende fliehen mußten bzw. anschließend vertrieben wurden, von erheblichem Interesse für die zeitgeschichtliche Forschung.

Website des Landeshauptarchivs: blha.brandenburg.de/index.php/service/publikationsreihen



4. online-Tagung: Adel ohne Grenzen? vom Deutschen Historischen Institut Warschau

Im dem Workshop am 4. März 2021 werden vor allem kunsthistorische Fragen zum Adel in den beiden Teilen Preußens und dessen künstlerischen Repräsentationen, den Visualisierungen und dem materiellen Ausdruck von regionalen oder überregionalen Identifikationen und Loyalitäten zu den Höfen diskutiert. Außerdem interessiert die künstlerisch-architektonische Prägung seiner Handlungsräume. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Entwicklungen nach dem Zweiten Frieden von Thorn 1466, insbesondere im Zeitraum von der Schaffung des Herzogtums Preußen (1525) über die Lubliner Union (1569) bis zu den Teilungen Polen-Litauens 1772/1793/1795.
Flyer in der Anlage

5. Greifswalder Beiträge zur Stadtgeschichte und Stolpersteine in Greifswald

Im Greifswalder Rathaus ist das neue Heft der „Greifswalder Beiträge zur Stadtgeschichte, Denkmalpflege, Stadtsanierung“ erhältlich; in der Stadtinformation ist eine Dokumentation über die in Greifswald verlegten Stolpersteine kostenlos zu erhalten. Abgabe solange Vorrat reicht!

6. Projektstart „Klosterregister und Klosterbuch für Pommern“ am 15. Februar

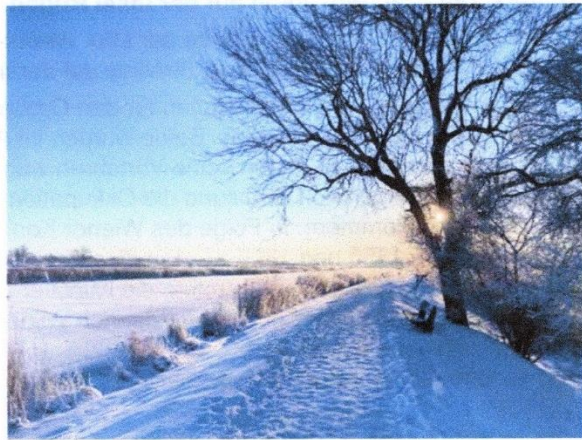
Nachdem 2016 das Mecklenburgische Klosterbuch erschienen ist, soll nunmehr das Projekt für den östlichen Landesteil umgesetzt werden. Vorbilder sind die Klosterbücher, die in den vergangenen Jahren z. B. Westfalen, Brandenburg und zuletzt für Schleswig-Holstein und Hamburg.

„Die Entstehung und Entwicklung der Klöster ist nur als europäisches Phänomen zu verstehen. Die überregionale Zusammenarbeit mit Ankerpunkten in Greifswald, Kiel und Stettin/ Szczecin steht genau dafür“, betonte Kulturministerin Bettina Martin im heutigen Pressegespräch. „Mit dem Klosterbuch für Pommern wird es nicht nur ein Geschichtskompendium für den östlichen Landesteil geben, sondern auch ein Werk, das zwei direkte Nachbarn im Ostseeraum – Polen und Deutschland – verbindet.

„Seit ihrer Gründung vor 110 Jahren hat die Historische Kommission für Pommern zahlreiche Großvorhaben im Bereich der Landesgeschichte angeregt und umgesetzt“, so Prof. Dr. Haik Thomas Porada, Vorsitzender der Historischen Kommission für Pommern. „Das Pommersche Klosterbuch ist dabei seit dem Mauerfall das mit Abstand aufwendigste Projekt, dessen Umsetzung unter Leitung unseres Mitglieds Prof. Dr. Oliver Auge nur dank der Kooperation mit unseren polnischen Partnern möglich ist.“
Pressemeldung siehe Anhang.

So verbleibe ich mit herzlichen Grüßen aus dem tief verschneiten, frostigen Greifswald und möchte Ihnen ein Foto vom Ryck von Sonntagmorgen nicht vorenthalten.

*Ihr
Rainer Neumann*



Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.

Sup. i.R. Rainer Neumann – Martin-Luther-Straße 9 – 17489 Greifswald
E-Post: informationen@pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Geschäftsstelle der AG

Pfr. Matthias Bartels – Karl-Marx-Platz 15 – 17489 Greifswald
E-Post: post@pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Vorsitzender

Pfr. Dr. Irmfried Garbe – Dreizehnhausener Str. 1, 17498 Wackerow. – Tel.: 03834-8309546
E-Post: irmfried.garbe@posteo.de

Internet www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Diese E-Post erhalten Sie im Auftrag des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V. Sollten Sie keine weitere Benachrichtigung von uns über Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Gebiet der pommerschen Kirchen- und Landesgeschichte wünschen, bitten wir um eine kurze Nachricht, damit wir Ihre Adresse aus unserem E-Post-Verteiler löschen können.



02) Internationale Zusammenarbeit bleibt im Fokus – Landsmannschaften pflegen auch in der Krise Austausch mit Partnerregionen des Landes Niedersachsen

Pressemitteilung der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL

Seit vielen Jahren bestehen freundschaftliche Beziehungen des Landes Niedersachsen mit Partnerregionen im Ausland. Die Partnerschaften fördern Niedersachsens internationale Kooperation und Vernetzung. Infolge der COVID-19-Pandemie konnten jedoch wichtige Austauschmöglichkeiten, etwa Besuche in den Partnerregionen, nicht wahrgenommen werden. Hierdurch wurde die gemeinsame Arbeit mit den internationalen Partnern erheblich erschwert.

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, begrüßt den Antrag der Regierungsfractionen, sich mit den Partnerschaften des Landes in der Pandemie zu befassen. „In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich auf das große Engagement unserer Landsmannschaften hinweisen, deren Netzwerke auch unter Corona-Bedingungen funktionieren“, so Westmann.

In den niedersächsischen Partnerregionen Niederschlesien (Polen), Perm und Tjumen (beide Russland) leben zahlreiche Deutsche, für die ein reger Austausch mit dem Partnerland Niedersachsen bedeutend ist. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) pflegt mit Unterstützung des Landes Niedersachsen intensive Kontakte nach Perm und Tjumen. „2019 waren wir zuletzt bei unseren Freunden in Perm“, berichtet die Vorsitzende der LmDR, Landesverband Niedersachsen, Lilli Bischoff. „In den letzten Monaten haben wir mit unseren Partnern in Russland per Videokonferenz gemeinsame Arbeitssitzungen und eine Weihnachtsfeier durchgeführt. Wir sind dankbar für diese Möglichkeit, vermissen aber zunehmend den persönlichen Austausch“, so Bischoff.

Auch die Landsmannschaft Schlesien kann derzeit die Begegnung von jungen Leuten aus Ost und West nur unter veränderten Vorzeichen fördern. Die für dieses Jahr geplanten Studien- und Kennenlernfahrten müssen ausfallen. Stattdessen ist ein Filmprojekt geplant, für das Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung sowie Heimatvertriebene in Schlesien mit jungen Menschen ins Gespräch gebracht werden. „Die Aufgaben in der Coronazeit sind größer geworden als gedacht. Im Sinne unseres diesjährigen Mottos ‚Schlesien verbindet‘ müssen die Verbindungen zu den älteren Mitgliedern und Landsleuten ebenso intensiv gehalten werden wie die innerhalb der jungen Netzwerke“, stellt Stephan Rauhut fest, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Landsmannschaften erfinderisch: Sie planen einen regelmäßigen Podcast, entwerfen Sonderausgaben ihrer Mitteilungsblätter und arbeiten an Vorhaben wie dem „Projekt Telefonengel“, in dessen Rahmen sie älteren Landsleuten durch Freiwillige am Telefon die Gelegenheit geben wollen, über früher und heute zu erzählen. Die Landesbeauftragte Editha Westmann dankt den Landsmannschaften: „Ihre Arbeit hält



die Menschen in Ost und West miteinander verbunden und wirkt der Einsamkeit der Alten entgegen. Für die Zeit nach der Pandemie rechne ich mit einem großen Nachholbedarf an persönlichen Begegnungen. Unsere Landsmannschaften schaffen hierfür gute Ausgangsbedingungen.“

Hannover, 12. Februar 2021

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

Oksana Oehlmann
Stabstelle VFS / Sekretariat des Verbindungsbüros zur
Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und
Spätaussiedler

Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

Georgsplatz 19 · 30159 Hannover
Tel: +49 (0) 511 120 75 80
Fax: +49 (0) 511 120 99 75 89

buero.landesbeauftragte@mwk.niedersachsen.de



PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



Internationale Zusammenarbeit bleibt im Fokus

LANDSMANNSCHAFTEN PFLEGEN AUCH IN DER KRISE AUSTAUSCH MIT NIEDERSÄCHSISCHEN PARTNERREGIONEN

Seit vielen Jahren bestehen freundschaftliche Beziehungen des Landes Niedersachsen mit Partnerregionen im Ausland. Die Partnerschaften fördern Niedersachsens internationale Kooperation und Vernetzung. Infolge der COVID-19-Pandemie konnten jedoch wichtige Austauschmöglichkeiten, etwa Besuche in den Partnerregionen, nicht wahrgenommen werden. Hierdurch wurde die gemeinsame Arbeit mit den internationalen Partnern erheblich erschwert. Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, begrüßt den Antrag der Regierungsfractionen, sich mit den Partnerschaften des Landes in der Pandemie zu befassen. „In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich auf das große Engagement unserer Landsmannschaften hinweisen, deren Netzwerke auch unter Corona-Bedingungen funktionieren“, so Westmann.

In den niedersächsischen Partnerregionen Niederschlesien (Polen), Perm und Tjumen (beide Russland) leben zahlreiche Deutsche, für die ein reger Austausch mit dem Partnerland Niedersachsen bedeutend ist. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) pflegt mit Unterstützung des Landes Niedersachsen intensive Kontakte nach Perm und Tjumen. „2019 waren wir zuletzt bei unseren Freunden in Perm“, berichtet die Vorsitzende der LmDR, Landesverband Niedersachsen, Lilli Bischoff. „In den letzten Monaten haben wir mit unseren Partnern in Russland per Videokonferenz gemeinsame Arbeitssitzungen und eine Weihnachtsfeier durchgeführt. Wir sind dankbar für diese Möglichkeit, vermissen aber zunehmend den persönlichen Austausch“, so Bischoff.

Auch die Landsmannschaft Schlesien kann derzeit die Begegnung von jungen Leuten aus Ost und West nur unter veränderten Vorzeichen fördern. Die für dieses Jahr geplanten Studien- und Kennenlernfahrten müssen ausfallen. Stattdessen ist ein Filmprojekt geplant, für das Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung sowie Heimatvertriebene in Schlesien mit jungen Menschen ins Gespräch gebracht werden. „Die Aufgaben in der Coronazeit sind größer geworden als gedacht. Im Sinne unseres diesjährigen Mottos ‚Schlesien verbindet‘ müssen die Verbindungen zu den älteren Mitgliedern und Landsleuten ebenso intensiv gehalten werden wie die innerhalb der jungen Netzwerke“, stellt Stephan Rauhut fest, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Landsmannschaften erfinderisch: Sie planen einen regelmäßigen Podcast, entwerfen Sonderausgaben ihrer Mitteilungsblätter und arbeiten an Vorhaben wie dem „Projekt Telefonengel“, in dessen Rahmen sie älteren Landsleuten durch Freiwillige am Telefon die Gelegenheit geben wollen, über früher und heute zu erzählen. Die Landesbeauftragte Editha Westmann dankt den Landsmannschaften: „Ihre Arbeit hält die Menschen in Ost und West miteinander verbunden und wirkt der Einsamkeit der Alten entgegen. Für die Zeit nach der Pandemie rechne ich mit einem großen Nachholbedarf an persönlichen Begegnungen. Unsere Landsmannschaften schaffen hierfür gute Ausgangsbedingungen.“

Hannover, den 12. Februar 2021



03) „Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges?“

Pressemitteilung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin vom 12. Februar 2021

Koinzidenz der Ereignisse in Sachen Polen-Denkmal: 10.02.2021, Sitzung der deutsch-polnischen Expertenkommission zur Schaffung eines Ortes des Erinnerens und der Begegnung mit Polen sowie Vorschlag eines Gedenkorts für Polen durch die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin.

Pressemitteilung: Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des 2. Weltkrieges? Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin schlägt das Gelände „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ als Ort des Erinnerens für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges vor

Nach einer jahrelangen gesellschaftlichen Debatte hat der Deutsche Bundestag am 30. Oktober 2020 einen Beschluss gefasst, einen Ort der Erinnerung und Begegnung zu schaffen, der dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht wird und zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen beiträgt. Damit kam der Bundestag einer Anregung des damaligen Staatsministers und Deutschland-Beauftragten der polnischen Regierung, Władysław Bartoszewski, nach, der sich schon 2013 für einen Gedenkort für die polnischen Opfer ausgesprochen hatte.

Der Bundestag forderte die Bundesregierung nun auf, „... an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besetzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen ...“

Mit diesem Beschluss geht der Bundestag über die ursprüngliche Forderung nach einem Denkmal weit hinaus und fordert einen Ort, an dem auch Informationen vermittelt und Begegnungen ermöglicht werden und das mit dem Ziel, zur Verständigung beizutragen. Ähnlich hatten es auch die im Bundesverband zusammengeschlossenen Deutsch-Polnischen Gesellschaften, die einige Tausend in deutsch-polnischen Dingen aktiven Menschen vertreten, im November 2019 bereits gefordert. Wer nun versucht, sich die Realisierung dieses Beschlusses konkret vorzustellen, kommt schnell zu dem Eindruck, dass dieser Ort des Gedenkens einen richtigen Platz in der Stadt sucht.

Nun wäre es sicher recht aussagekräftig, den Gedenkort als Kontrapunkt zum Vertreibungsprojekt am Askanischen Platz zu setzen, doch auf der Mittelinsel ist gerade mal Platz für einen Gedenkstein und hinter der vis-à-vis gelegenen Fassade des Anhalter Bahnhofes soll das Exilmuseum entstehen. Hier scheint es also nicht aussichtsreich, einen Gedenkort für die polnischen Opfer aufzubauen.

Bei weiterer Umschau bietet sich das Gelände des Geschichtsparks auf dem Gelände des ehemaligen Zellengefängnis in Berlin-Moabit unmittelbar am Berliner Hauptbahnhof an.



Vom Königreich Preußen von 1842 bis 49 als eines der modernsten Gefängnisse erbaut (statt Gemeinschaftszellen gab es 540 Einzelzellen nach dem Konzept „Läuterung durch Isolation“), war dessen Kirche im Jahr 1847 infolge des Aufstandes in der Provinz Posen Schauplatz des „Polenprozesses“ (in Polen heißt er „Berliner Prozess“), der öffentlich gegen 254 polnische Bürger wegen Hochverrats (was hier die Wiederherstellung Polens in den Grenzen vor den Teilungen meinte). Im März 1848 wurden die verurteilten Aufständischen auf Druck der demonstrierenden Bevölkerung begnadigt und freigelassen. Gemeinsam mit begeisterten Berlinern zogen die polnischen Aufständischen, darunter Ludwik Mierosławski (ein Revolutionär, der 1849 die badische Revolutionsarmee befehligte) und Karol Libelt (ein Wissenschaftler, der sich zeitlebens am polnischen Widerstand beteiligte), in einem Triumphzug vor das Stadtschloss.

Ludwik Mierosławski hielt eine Rede, die auch heute noch bemerkenswert ist, weil sie der Intention des Bundestagsbeschlusses entspricht: „Nicht du, edles deutsches Volk, hast meinem unglücklichen Vaterlande Fesseln geschmiedet; deine Fürsten haben es getan; sie haben mit der Teilung Polens ewige Schmach auf sich geladen. Und wie es jüngst noch für Euch und uns als Verbrechen galt, nach des Vaterlandes Freiheit zu ringen, und wie sie uns darob, draußen im Kerker, in eiserne Bande schlugen, so warst du es, hochherziges Volk, dessen Blut in diesen Tagen der Befreiung auch für unsere Freiheit floss. Wir danken Euch! Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure!“

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. bestätigte notgedrungen die Freilassung und verbeugte sich vor dem Demonstrationszug aus Berliner Bürgern und den befreiten Polen. Dieses Ereignis stand für die damalige „Polenbegeisterung“. Das Zellengefängnis hatte bis 1945 eine Geschichte bis hin zur Inhaftierung von Beteiligten und Verdächtigten nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Nach 1945 nutzten die Alliierten die Haftanstalt. Ende der 1950er Jahre abgerissen, blieben lediglich Teile der Gefängnismauer und drei Beamtenwohnhäuser erhalten. Danach diente das Gelände als Parkplatz für das nahegelegene Poststadion. Heute wird das Umfeld des Geschichtsparks mit Wohngebieten, Gewerbe und dem im Ausbau befindlichen Europaplatz zu einem zentralen Stadtviertel entwickelt.

Der Geschichtspark wäre an prominenter Stelle in Berlin gelegen ideal für den geplanten Gedenkort und Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der Nachbarn Deutschland und Polen, wie es der Beschluss des Bundestages fordert. Das Gelände – gut erreichbar für Besucher aus Berlin, Deutschland und Polen – ist frei von jeglicher Bebauung und würde genug Platz für den Erinnerungsort bieten. Dieser sollte künftig auch ein Netzwerk von Orten sichtbar werden lassen, die mit der deutsch-polnischen Nachbarschaftsgeschichte verbunden sind. Dazu zählen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, das interpretationsbedürftige „Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten“ im Bezirk Friedrichshain, der Britische Soldatenfriedhof an der Heerstraße, auf dem auch polnische Piloten begraben sind, die Gedenkstätte Plötzensee und das Denkmal für die Soldaten der 1. Polnischen Armee, Division „Tadeusz Kościuszko“ in Hohen Neuendorf, wie auch die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.



Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung, stellte der Bundestag fest. Im Geschichtspark wären die Bedingungen gegeben, einen „sichtbaren und zugänglichen Ort zu schaffen, der auch Platz der Begegnung von Deutschen und Polen sein sollte, der zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt,“ wie der Bundestag forderte.

Wir wollen der Opfer gedenken, keine Frage. Doch wir wollen auch die Geschichte einer Nachbarschaft in Erinnerung rufen, vor der die Sätze von Władysław Bartoszewski im Jahre 2013 erst verständlich werden: „Ich glaube, die polnisch-deutschen Beziehungen gehören zur Welt der Wunder, positive Wunder der Europäisierung der Menschen nach 1990. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben so große Fortschritte gemacht wie keine anderen in Europa. Wir kennen keine zwei Länder, die so weit aus der weiten Entfernung bei Überwindung der Kluft, der bestehenden psychologischen Kluft ... so weit aufeinander zugegangen sind.“

Berlin, den 10. Februar 2021

Christian Schröter

Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin

Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup

Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin

Redaktion: Chr, Schröter Tel. 030 432 91 92 Mobil 0177 331 81 09

Email:cs@dpgberlin.de

Alle Informationen auch auf unserer Website:

<https://www.dpgberlin.de/de/2021/wohin-mit-dem-gedenkort-fuer-die/>

04) Vom Pfus zum Putsch. Jetzt brennt der Hut

Ein Kommentar von **Dieter Schöfnagel** (Obmann des Vereins „Muttersprache“, Wien)

So wie sich „die Geisel“ oder „die Person“ auf sämtliche erdenklichen und anerkannten Geschlechter bezieht (*generisches Femininum*), ist das generische Maskulinum eine Grundtatsache unserer Sprache, an der jeglicher Auswuchs des Gender-Neusprech scheitern muss. Genau deshalb wird es von gewissen Winkelgermanisten in Abrede gestellt.

Nun ist es ruchbar geworden, dass die **Duden-Redaktion** klammheimlich begonnen hat, rund zwölftausend Bezeichnungen in rein männliche und weibliche Formen und Erklärungen aufzuteilen, um das generische Maskulinum zum Verschwinden zu bringen. **Jetzt brennt der Hut**, denn der Duden galt bisher als **Maßstab** für **richtiges Deutsch**. Verantwortungsbewusste Sprachwissenschaftler rufen dazu auf, diesem sprachlichen Putschversuch entgegenzutreten.

Bitte lesen Sie deshalb den unten angeführten Aufruf des Vereins deutsche Sprache e.V., schließen Sie sich ihm mit Ihrer Unterschrift an und helfen Sie, ihn weiter zu verbreiten. Darüber hinaus erscheint es angebracht und geboten, mit möglichst vielen individuellen Schreiben an Zeitungen, Behörden, Rundfunk- und Fernsehanstalten aus der Rolle der „schweigenden Mehrheit“ hervorzutreten. In den Wiener Sprachblättern der vergangenen Jahre finden Sie zahlreiche Begründungen.

<https://vds-ev.de/allgemein/aufrufe/rettet-die-deutsche-sprache-vor-dem-duden/> Anschließend an die Liste der Erstunterzeichner finden Sie die Möglichkeit zur Unterzeichnung des Aufrufs!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 8, 2021

Wien, am 18. Jänner 2021

